



Feature / Hörspiel / Hintergrund Kultur

Dossier

**Auf dass endlich Friede werde!
„Große Reden“ – Europa 1945 bis 1979
Ein Dossier von Anna Seibt**

Redaktion: Birgit Morgenrath

Erstsendung: Sonntag, 07.07.2017, 19.15 Uhr

Besetzung:

Sprecherin: Hildegard Meier

Sprecherin 2: Claudia Mischke

Regie: Anna Seibt

Urheberrechtlicher Hinweis

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf vom Empfänger ausschließlich zu rein privaten Zwecken genutzt werden.

Die Vervielfältigung, Verbreitung oder sonstige Nutzung, die über den in §§ 44a bis 63a Urheberrechtsgesetz geregelten Umfang hinausgeht, ist unzulässig.

©  Deutschlandradio

- unkorrigiertes Exemplar -

Adenauer (1950):

Meine Damen und Herren! Ich möchte von der Tribüne dieses Hauses aus erklären, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wünscht, daß zwischen Deutschland und Frankreich in Zukunft endlich Friede werde – auch in Europa.

Monnet (1953):

Les Européens établissent le base ... de la paix.

Brandt (1973):

Wir können und wir werden Europa schaffen!

Veil (1979):

Tous les ... de celle-ci sont en effet aujourd'hui confronter à trois défis majeur: celui de la paix, celui de la liberté, celui de bien-être.

Hallstein (1961):

Die Zeit des alten europäischen Staatensystems, des klassischen Konzerts der Mächte, ist abgelaufen. Nach hundertjähriger Bewährung hat es in unserer Zeit nicht mehr leisten können, was vor allem von ihm verlangt werden musste: Den Frieden zu bewahren.

Auf dass endlich Friede werde!

„Große Reden“ – Europa 1945 bis 1979

Ein Dossier von Anna Seibt

Monnet (1953):

Der Karlspreisträger 1953, der Franzose, Jean Monnet! Präsident der Hohen Behörde der Montanunion spricht im Krönungssaal des Aachener Rathauses und er hat zum Thema gewählt „Europa und der Friede“.

Sprecherin:

Als Berater des französischen Außenministers Robert Schuman war Jean Monnet maßgeblich an der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Anfang der 1950er Jahre beteiligt. Der Staatengemeinschaft, aus der über 40 Jahre hinweg die Europäische Union erwachsen sollte.

Monnet (1953):

Monsieur Bourgmestre, Messieurs le Ministres, Messieurs les Ambassadeurs, Monsieur Docteur Mass, Mesdames, Messieurs, je suis fière et très heureux de recevoir des vos mains le Prix Charlemagne de la Pais ...

Übersetzer/Dolmetscher

Ich bin stolz und sehr glücklich, aus Ihren Händen den Karlspreis für den Frieden entgegenzunehmen, und ich danke Ihnen von ganzem Herzen für die Widmungen, mit der Sie die Medaille und die Verleihungsurkunde versehen haben, die mir soeben durch den Herrn Bürgermeister Ihrer Stadt überreicht wurden.

Sprecherin:

Schon lange vor dem tatsächlichen Zusammenschluss mehrerer europäischer Staaten existierte ein lebendiger Europa-Diskurs. Vom 19. Jahrhundert an bis zum Ersten Weltkrieg wurden diverse Konzepte publiziert, die die „Vereinigten Staaten von Europa“ oder ähnliche Verbünde zum Ziel hatten.

Politisch konkreter wurden diese Pläne im Jahr 1930. Als der ehemalige französische Ministerpräsident und Außenminister Aristide Briand dem Völkerbund seine „Denkschrift über die Errichtung einer Europäischen Union“ vorlegte. Aber in Zeiten von Weltwirtschaftskrise und zunehmendem Nationalismus fand der Briand-Plan kein Gehör bei den Politikern. Erst nach den traumatischen Erlebnissen des Zweiten Weltkriegs wurde die Idee eines vereinten Europas auch von politischer Seite als einziger Garant eines stabilen Friedens auf dem Kontinent anerkannt.

Übersetzer Monnet (1953):

Wir haben den Anfang damit gemacht, den europäischen Markt von 155 Millionen Verbrauchern zu schaffen, der ebenso groß ist wie der Inlandsmarkt der Vereinigten Staaten. Dieser umfassende vereinigte europäische Markt ist die unabdingbare Voraussetzung für eine wachsende Wirtschaft und demzufolge auch für die stetige Hebung des Lebensstandards, die eines der Hauptziele unserer Gemeinschaft darstellt.

Sprecherin:

Jean Monnet war der Spross einer Kaufmannsdynastie und Unternehmer. Der Leiter des französischen Planungsamts, selbst parteilos, traf mit seinem Konzept einer Montanunion beim christdemokratischen Außenminister von Frankreich, Robert Schuman, auf offene Ohren. Schuman war Franzose – mit deutschen Wurzeln. Er war davon überzeugt, dass zuerst die historische Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland beendet werden müsse, sollte der Frieden in Europa von Dauer sein. Um erneute militärische Aggressionen Deutschlands zu verhindern, sollte die Kohle- und Stahlindustrie beider Länder vergemeinschaftet werden. Die gegenseitige Abhängigkeit, so die Idee, würde Europa vor künftigen Konflikten bewahren. 1951 unterzeichneten schließlich Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und

die Niederlande in Paris den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

1953 wurde Jean Monnet für seine Verdienste als Gründervater der ersten souveränen, übernationalen europäischen Institution ausgezeichnet.

Übersetzer Monnet (1953):

Dieser europäische Markt für Kohle und Stahl, auf dem die Aufkommen jetzt gemeinsam sind, ist der wirkliche Anfang Europas. Eine neunmonatige Erfahrung in der Arbeit dieser Organe berechtigt mich, Ihnen zu erklären, dass wir auf dem Wege zum Erfolg sind. Gerade die Schwierigkeiten, auf die wir stoßen und deren Überwindung durch unsere Organe ermöglicht wird, sind dafür der beste Beweis.

Auf unserer Europäischen Gemeinschaft sind andere kraftvolle Bestrebungen erwachsen, um die folgenden Phasen der weiteren Entwicklung vorzubereiten: Die Verteidigungsgemeinschaft hat die Organisation der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der Entwicklung der europäischen Einheit zum Ziel.

Unser Weg liegt klar vor uns. Um die erzielten Fortschritte auch in Zukunft zu sichern, muss ein europäisches Parlament und eine überstaatliche politische Behörde geschaffen werden. Für die Völker ist jetzt der Augenblick gekommen, die Führung des begonnenen Unternehmens dadurch zu übernehmen, dass sie selbst in allgemeiner Abstimmung ihre Vertreter für die Leitung der europäischen Angelegenheiten wählen.

Sprecherin:

Monnet griff seiner Zeit weit voraus: Erst seit 1979 wird das Europäische Parlament direkt gewählt.

Übersetzer Monnet (1953):

Die Welt hat sich sehr verändert, ihre Zukunft hängt jedoch noch immer weitgehend von den Ereignissen in Europa ab. Unter den früheren Verhältnissen gab es keinen Frieden, weder für Europa, noch für die Welt. Die europäischen Konflikte haben die Vereinigten Staaten gezwungen, zweimal ihre Streitkräfte in die Schlacht auf dem Kontinent zu werfen; gleichzeitig haben diese Konflikte sowohl uns als auch die Sowjetunion an den Rand der Vernichtung gebracht.

Wenn wir so uneinig bleiben, wie wir es heute sind, werden die Europäer weiterhin dem nationalen Ehrgeiz ausgesetzt sein und dazu getrieben werden, nach altem Rezept auswärtige Garantien zu suchen, um sich gegeneinander zu sichern - jeder wird, wie in der Vergangenheit, den Fortschritt der anderen fürchten. Die zu engen nationalen Märkte werden die wirtschaftliche Rivalität der einzelnen Staaten und die Unterlegenheit der europäischen Produktionsbedingungen zu einem Dauerzustand machen. Die Ungewissheit über das Schicksal Europas wird in der Welt das Misstrauen nähren und die gegenseitigen Vorsichtsmaßnahmen zur Gewohnheit werden lassen. Ein uneiniges Europa gleiche jenen Gebieten, deren Schicksal es ist,

aufs Spiel gesetzt zu werden, wenn Kriege um sie entbrennen.

Augenblicklich sind die Völker noch von nationalen Gegensätzen, Missverständnissen, Unverständnis und Argwohn beherrscht. Ein Geheimnis umgibt die Arbeiten des ungeheuren Russlands und die Gewalt der neuen Waffen.

Dadurch, dass die Europäer ihre Einheit verwirklichen, Europa seine alte Kraft wiedergeben, neue und dauerhafte Lebensbedingungen schaffen, tragen sie zum Frieden bei. Auf diese Weise verhindern sie, dass sie in den tödlichen Mahlstrom geraten, in den sie, wenn sie uneinig blieben, welche Verträge auch immer geschlossen würden, durch ihr Handeln gegeneinander und durch ihre Schwäche zusammen mit den anderen Völkern hineingerissen würden. Durch die Schaffung Europas errichten die Europäer das wahre Fundament für den Frieden.

Monnet:

... les Européens établissent le base... de la paix.

Sprecherin:

Bereits drei Jahre vor Monnets Rede und ein Jahr vor der Gründung der Montanunion, hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer 1950 im Bundestag für den europäischen Staatenverbund geworben. In den Augen der Konservativen war das ein Weg, die Bundesrepublik aus der Vormundschaft der Besatzungsmächte zu befreien. Nur fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes konnte Deutschland in der Montanunion wieder gleichberechtigt mit den anderen europäischen Staaten agieren.

Radio Sprecher:

Hier ist Radio Frankfurt. Wir melden uns wieder aus dem Plenarsaal des Bundestags in Bonn.

Sprecherin:

Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, bekam aber nicht nur Zuspruch für sein Vorhaben. Denn die Opposition, allen voran die damals noch stark sozialistisch geprägte SPD, witterte einen übermächtigen Einfluss der USA und warf dem Kanzler vor, das Parlament „ausschalten“ zu wollen.

Adenauer (1950):

Meine Damen und Herren, Ich möchte zunächst sprechen zu dem Schuman-Plan. Sie alle kennen, wie ich annehmen darf, den Beschluss des französischen Kabinetts, dessen wesentlicher Inhalt ist, dass die deutsche und die französische Montanindustrie, Kohle, Stahl, Eisen, zusammengebracht werden sollen...

Abg. Rische: *Kriegskartell!*

...und dass eine hohe Behörde neu geschaffen werden soll, die zwar nicht eine Einrichtung ist, die über den Mitgliedern, über denjenigen, die diesen Vertrag schließen, steht, aber, die, wie der französische Staatspräsident Auriol es ausgedrückt hat, auf die eine Assoziation von Souveränitätsrechten der verschiedenen Paktländer übertragen werden soll.

Der Schuman-Plan ist erdacht für Frankreich und Deutschland.

Abg. Rische: *Und Amerika.*

Aber es war von Anfang an vorgesehen, dass auch andere europäische Länder ihm beitreten können. Es sind auch sofort die italienische Regierung, die luxemburgische, die belgische, die holländische Regierung mit der Erklärung an die Öffentlichkeit gekommen, dass sie bereit wären, auf der Grundlage dieses Programms des französischen Kabinetts zu Verhandlungen zusammenzutreten.

Meine Damen und Herren: Die großbritannische Regierung hat zu meinem sehr lebhaften Bedauern bisher nicht geglaubt, der Einladung der französischen Regierung Folge leisten zu sollen. Ich erkläre ausdrücklich, dass ich das außerordentlich bedauere und dass ich die Hoffnung nicht aufgebe, dass doch im Laufe der Verhandlungen Großbritannien zu diesem Plane eine positivere Stellung einnehmen wird. Meine Damen und Herren, ich tue das nicht irgendwie aus wirtschaftlichen Gründen, wie ich überhaupt ausdrücklich hier erklären möchte - und ich befinde mich dabei in vollster Übereinstimmung nicht nur mit der französischen Regierung, sondern auch mit demjenigen Manne, der der Hauptmotor des ganzen Planes ist, mit Herrn Monnet, dass die Bedeutung des ganzen Vorschlages in allererster Linie keine wirtschaftliche, sondern eine politische ist.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie diese Erklärung des französischen Kabinetts - ich glaube, vom 7. oder 9. Mai - mit der Aufmerksamkeit, die diesem Dokument gebührt, lesen, dann werden Sie an mehreren Stellen finden, dass ausdrücklich erklärt wird, dass mit diesem Pakt der Anfang gemacht werden soll zu einem föderativen Aufbau Europas.

Es gibt keine bessere Möglichkeit, dem französischen Volk die Zweifel an der Friedensliebe des deutschen Volkes zu nehmen, als wenn man diejenigen Produkte - Eisen und Stahl - die nach wie vor die Hauptträger einer jeden Aufrüstung sein würden, so in Frankreich und Deutschland zusammenbringt, dass eben die französischen Partner dieses Paktes über alles unterrichtet sind, was auf dem ganzen Gebiete von Eisen, Stahl und Kohle vor sich geht.

Abg. Rische: *Das sind die amerikanischen Monopolisten, die Sie da meinen!*

Meine Damen und Herren: Ich möchte von der Tribüne dieses Hauses aus erklären, dass das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, das glaube ich sagen zu können - mit wenigen Ausnahmen.

Dass das deutsche Volk, meine Damen und Herren, in seiner Gesamtheit wünscht, dass zwischen Deutschland und Frankreich in Zukunft alle psychologischen Hemmnisse beseitigen [sic], auf dass endlich Friede werde auch in Europa!

Sprecherin:

Mit der Montanunion war der Grundstein zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa gelegt. Der Vertrag schrieb eine gemeinsame Investitionsplanung der sechs Unterzeichnerstaaten sowie Preiskontrollen und Mengenregulierungen für die Eisen- und Stahlindustrie vor.

Aber der Versuch, Europa auch militärisch und politisch näher zusammenbringen, scheiterte. 1954 sollten die „Europäische Politische Gemeinschaft“ und, unter Federführung der USA, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft entstehen. Doch die Nationalstaaten waren nicht bereit, so viel Souveränität abzutreten und so kam die politische „Integration Europas“ vorerst ins Stocken.

Die wirtschaftliche Integration, von der man sich Aufschwung und Wohlstand versprach, wurde hingegen weiter vorangetrieben. 1957 unterzeichneten die sechs Länder der Montanunion auf dem Kapitol in Rom die „Römischen Verträge“. Damit wurden die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, kurz EWG, und die Europäische Atomgemeinschaft Euratom gegründet. Der EWG-Vertrag beschränkte sich nicht länger nur auf drei Wirtschaftszweige. Er schuf einen gemeinsamen Markt, in dem sich Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte frei bewegen konnten. Auch Landwirtschafts- und Verkehrspolitik sollten vereinheitlicht werden.

Die Montanunion blieb neben Euratom und der EWG bestehen. Für alle drei Institutionen waren die Gemeinsame Versammlung – das spätere Europäische Parlament – und der 1952 gegründete Europäische Gerichtshof zuständig. Die Entscheidungen fällten jedoch ein jeweils eigener Rat der zuständigen Fachminister und eine eigene Kommission.

Hallstein (1961):

Wenn ich vor Ihnen, meine Damen und Herren, über das Verhältnis der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Welt spreche, so brauche ich nicht viel zu sagen, um Ihnen diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft noch einmal vorzustellen. Sie ist, Sie wissen es, im Kern eine Zollunion. Das besagt zunächst nichts mehr, als dass im Innern die Zölle abgeschafft werden und nach Außen ein gemeinsamer Zoll errichtet wird. Wirtschaftlich also lohnt sich dieses Unternehmen.

Sprecherin:

Der erste Präsident der EWG-Kommission war der Rechtsprofessor Walter Hallstein. Der CDU-Politiker war als Staatssekretär unter Adenauer bereits an der Umsetzung des Schuman-Plans beteiligt gewesen. Bekannt wurde er durch die 1957 in Kraft getretene „Hallstein-Doktrin“. Danach unterhielt die Bundesrepublik jahrelang keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkannten – ausgenommen zur Sowjetunion. Im Mai 1961 sprach Hallstein vor den Mitgliedern des Übersee-Clubs in Hamburg, einem Verein zur Förderung des Austauschs zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Hallstein betonte den wirtschaftlichen Erfolg der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wie schon Adenauer vor ihm, stellte er aber das Interesse, politisch weiter zusammenzuwachsen, in den Vordergrund. Denn im Schatten des Kalten Kriegs rückte der europäische Zusammenhalt zunehmend in den Fokus.

Hallstein (1961):

Um es aber recht zu verstehen, müssen wir tiefer schürfen. Wir werden dann der letztlich politischen Antriebe der Gemeinschaft inne. Wir erkennen dann, wie viel an politischem Willen, an politischen Zielen, in ihr steckt. Die europäische Nachkriegspolitik wird erst richtig verständlich, aus dem Bestreben, die europäischen Konflikte, die den Anlass zur Katastrophe zweier Weltkriege bildeten, ein für alle mal außer Kraft zu setzen. Und zwar, in dem die überkommene Struktur Europas, das labile Gleichgewicht, abgelöst wird durch eine neue Struktur: Die Integration. Kern und Motor dieses Systems ist die Begründung eines positiven, konstruktiven deutsch-französischen Verhältnisses. Das unermessliche Chancen für die europäische Zukunft enthält.

Blicken wir aber über Europa hinaus, so sehen wir weiter, dass gewaltige wirtschaftliche und politische Räume entstanden sind und entstehen, die alle Dimensionen hinter sich lassen, die wir in der europäischen Staatenwelt kannten. Heute fühlen wir uns durch die sowjetische Macht bedroht, es wird vielleicht morgen schon die chinesische sein. Die europäischen Gemeinschaften sind eine der Antworten auf diese neuen Dimensionen – auf diese Gefahren auch. Mit ihnen beginnt Europa, sich für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zu organisieren, sich für die Epoche der Weltraumfahrt und der Erschließung der gesamten Erde in Form zu bringen.

Wenn wir also um uns blicken, und sehen, welche Fragen uns unsere Umwelt stellt, und welche Hilfen für ihre Bewältigung die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

bieten kann, so denken wir zunächst an unsere Welt. Unsere Welt ist Europa. Über den europäischen Kontinent hinaus, scheint sich also allmählich der Gedanke zu verbreiten, dass die Vorschriften unseres Vertrages von Rom über eine gemeinsame Handels-, Landwirtschafts- und Verkehrspolitik, über die Koordinierung der gesamten Wirtschaftspolitik nicht nur einer mehr oder weniger zufällig und willkürlich zusammengesetzten Wunschliste der europäischen Mitgliedsstaaten entsprechen, sondern der sich aufdrängenden, objektiven Beobachtung, dass eine Zollunion in der modernen Welt ihre volle Entfaltung nur im Rahmen einer fast vollständigen Wirtschaftsunion finden kann, was eine uneingeschränkte Teilnahme an dieser Wirtschaftsunion nahe legt. Im Falle der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kommt hinzu, dass sie ja nicht allein wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sondern einem politischen Ziel dient: Der Zusammenfassung der europäischen Staaten zu einer politisch handlungsfähigen Einheit.

Festigkeit und Geduld werden wir dabei, wie stets in europäischen Angelegenheiten, in gleicher Weise zu betätigen haben.

Sprecherin:

Der Weg zur politischen Zusammenarbeit gestaltete sich zäher als erhofft: Besonders Frankreich unter Staatspräsident Charles de Gaulle war nicht bereit, seine nationale Souveränität weiter einzuschränken. Die französische Regierung fürchtete überdies einen größeren Einfluss der USA auf die europäische Gemeinschaft. Deshalb verhinderte de Gaulle über ein Jahrzehnt lang den Beitritt Großbritanniens, eines Landes, das traditionell eng an die USA gebunden war. Und auch Irland, Dänemark und Norwegen wurden zunächst nicht in die EWG aufgenommen. De Gaulle wurde zum Gegner Walter Hallsteins.

Zum zehnjährigen Bestehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1967 musste der CDU-Politiker eingestehen, dass seine Vision eines wirtschaftlich und politisch geeinten Europas noch in weiter Ferne lag. In diesem Jahr waren die USA bereits zwei Jahre lang am Stellvertreterkrieg in Vietnam zwischen West und Ost, zwischen Kapitalismus und Kommunismus, beteiligt. Die Berliner Mauer, die Deutschland teilte, bestand bereits seit sechs Jahren. 1967 war aber auch das Jahr vor dem Höhepunkt der 68er-Bewegung im Westen und dem Prager Frühling auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs. Walter Hallstein warb für eine Öffnung der EWG nach Osten hin.

Hallstein (1967):

Auch gegenüber Osteuropa wird die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit der Vollendung von Zoll- und Agrarunion zu einem unübersehbaren Faktor der Wirtschaftsbeziehungen und damit auch der Politik. Man wird diesen Faktor nutzen

müssen. Jedenfalls bleibt das gemeinschaftliche Einigungswerk unvollständig, wenn es nicht auch zur europäischen Wiedervereinigung beiträgt.

Die europäische Einigung richtet sich also gegen niemand. Insbesondere weder gegen die Sowjetunion noch gegen die Vereinigten Staaten. Sie liegt vielmehr in beider Interesse. Bloß eingleisige Ordnungen atlantischer oder sowjetischer Prägungen, diesseits und jenseits der Demarkationslinie des Status Quo zerreißen Europa in schwache Teile. Verhindern die Selbstbestimmung Europas und vereiteln damit im Grunde auch eine dauerhafte Entspannung. Mit dem Aufbau einer europäischen Gemeinschaftsordnung könnte dagegen gelingen, was keine Zweiseitigkeit der Weltmächte und keine europäische Kleinstaaterei zu leisten vermögen: Die Entschärfung der Grenzen mit friedlichen Mitteln und die Beseitigung des europäischen Unruheherdes, aus dem schon zwei Weltkriege hervorgegangen sind.

10 Jahre des Fortschreitens auf der Straße, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Selbstbehauptung Europas hin bahnt, haben den Beweis geliefert, dass, Mut und Beharrlichkeit weiter vorausgesetzt, dieses Ziel wirklich erreichbar ist.

Sprecherin:

1967 erklärte der „Kaiser von Brüssel“, wie der Spiegel Walter Hallstein einmal genannt hatte, er kandidiere nicht für eine neue Amtszeit als Kommissionspräsident. Ein Etappensieg für Charles de Gaulle.

Am 1. Juli 1967 wurden die Organe der Montanunion, der EWG und von Euratom zur Europäischen Gemeinschaft, der EG, zusammengeführt. Von nun an wurden alle drei Institutionen von Kommission und Rat regiert. Der Europäische Gerichtshof und das Parlament bildeten die Kontrollinstanzen. In den darauf folgenden Jahren wurde die Zollunion geschaffen und der Beschluss gefasst, eine Währungsunion zu forcieren.

Brandt (1973):

Ich bin gewiss: Die Europäische Union wird kommen, und darum bitte ich unsere Partner in der Welt immer wieder, dies als Tatsache zu betrachten und so die europäische Zukunft gewissermaßen kurzfristig vorwegzunehmen.

Sprecherin:

1973 traten schließlich Großbritannien, Irland und Dänemark der EG bei. Und Bundeskanzler Willy Brandt sprach als erster Regierungschef Deutschlands vor dem Europäischen Parlament.

Brandt (1973):

Herr Präsident! Lassen Sie mich nun zum europäischen Einigungswerk übergehen und etwas sagen, was ich vor zehn Jahren so noch nicht gesagt haben würde. Der Satz, den ich so vor zehn Jahren noch nicht gesagt haben würde, lautet: Wir können und wir werden Europa schaffen!

Wir haben Verzögerungen, wir haben Rückschläge hinnehmen müssen. Das fordert Kritik heraus, zum Teil zu Recht. Aber es stimmt doch, wenn ich sage: Wir haben ohne Zweifel Fortschritte gemacht.

Die Vereinigung Europas ist nicht nur eine Frage der Qualität unserer Existenz. Sie ist eine Frage des Überlebens zwischen den Giganten und in der zerklüfteten Welt der jungen und der alten Nationalismen. Nur in einem Europa, das seine Persönlichkeit gefunden hat, sind unsere nationalen Identitäten zu sichern. Die Europäische Union wird freilich, wenn ich es recht sehe, nicht durch eine Revolution entstehen – dies jedenfalls ist nicht so.

Wir reden stattdessen vernünftigerweise von der europäischen Evolution, der doch stetigen, in manchen Bereichen auch zügigen Entwicklung, in den meisten Bereichen, zumal die schon in den Prozess der Integration einbezogen sind, und in anderen Bereichen, die offiziell als nicht „integriert“ gelten. Die Summe dieser Maßnahmen wird eines Tages — vermutlich früher als manche heute ahnen — den Umschlag von der Quantität in eine neue Qualität bewirken.

Sprecherin:

Mit seiner Vision der Europäischen Gemeinschaft als Sozialunion wandte sich Willy Brandt von den politischen Anfängen der Union ab: Während Adenauer durchaus autoritär regierte – es ist überliefert, dass er nicht viel vom gemeinen Volk hielt und hinter verschlossenen Türen auch schon mal vom „dummen Bürger“ sprach – setzte Brandt auf Bürgernähe. Bisher hatte man sich damit begnügt, Wohlstand durch den Abbau von Handelshemmnissen zu generieren. Sozialpolitik wurde als Aufgabe der Nationalstaaten angesehen. Doch das Wirtschaftswunder der 1950er und 60er Jahre war vorüber und der israelisch-arabische Jom-Kippur-Krieg, der einen Monat vor Brandts Rede ausgebrochen war, bescherte den Industriestaaten eine Ölkrise. Damit gelangte der Sozialstaat an seine Grenzen: Die Bundesrepublik erlebte eine Rezession, die die Arbeitslosigkeit erstmals seit über 10 Jahren ansteigen ließ.

Brandt (1973):

Bisher haben wir unseren Bürgern wenig Gelegenheit gegeben, sich als das zu fühlen, was sie seit langem weithin sind, nämlich Bürger Europas. Wir wissen auch aus Meinungsumfragen, dass viele von ihnen, viele dieser unserer Bürger, die europäische Einheit mit uns als das Ziel der politischen Anstrengungen betrachten. Die europäische Integration muß unmittelbar den Menschen dienen. Unsere Bürger sollen spüren, dass Europa ihre Arbeits-, ihre Lebensbedingungen verbessert, dass es in ihren Alltag hineinwirkt.

Europa muss endlich für die vielen, die innerhalb der Gemeinschaft von einem Staat zum andern reisen oder auch die Niederlassungsfreiheit nutzen, die Hindernisse an den Stationen der Grenzpolizei oder durch das Ausländerrecht deutlicher als bisher aus dem Weg räumen. Man sollte sich auch nicht damit abfinden, daß wir im Zeichen des Abbaues der Zollschranken die Zahl der Zollbeamten vermehren, statt sie zu vermindern. Was keine Polemik gegen die mir sehr sympathischen Beamten ist, über die ich hier spreche, sondern was sich auf die Funktion bezieht, die sie in der europäischen Landschaft ausüben. Wenn wir die nationalen Bürokratien durch eine europäische Dimension aufblähen, dann, meine Damen und Herren, machen wir etwas falsch. Es ist jedenfalls nicht der Wille unserer Völker, ein Europa zu schaffen, in dem wir umherirren wie der Bürger K. in Kafkas „Schloß“.

Meine Damen und Herren, unsere Gemeinschaft wird sich außerdem als Sozialunion zu bewähren haben, ohne dass ich dies in diesem Augenblick zu detaillieren oder gar durchzubuchstabieren beabsichtige. Die Europäische Union, die wir wollen, fordert die demokratische Legitimation, die ökonomische Basis und die eigene sozial- und gesellschaftspolitische Zielsetzung. Und die Eigenständigkeit der sozial- und gesellschaftspolitischen Integration ist mehrfach zu begründen. Sozialer Fortschritt verlangt gleichen Rang wie das ökonomische Wachstum, weil Produktion und Konsum auch in Europa nicht länger als Selbstzweck verstanden werden. Sie müssen unmittelbar der Wohlfahrt unserer europäischen Bürger dienen. Nur so wird Europa die Gefahr des Technokratentums überwinden.

Wir schreiben Ende 1973, und das heißt: Die Zeit drängt. Sie, meine Damen und Herren, empfinden dies nicht anders als ich.

Ich will, Herr Präsident, hier zum Abschluß und ohne Pathetik sagen: Die Bundesrepublik Deutschland hat nach allem, was ich zu erkennen vermag, die Europäische Union als ihre bleibende Heimat gewählt. In ihr suchen wir unsere Zukunft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Sprecherin:

1979 wurde schließlich wahr, was Jean Monnet schon 1953 in seiner Karlspreis-Rede gefordert hatte: Erstmals wählten die Bürger der EG-Länder direkt die Vertreter für das Europäische Parlament.

Veil (1979):

Mes chères collègues, Mesdames, Messieurs! C'est un très grand honneur que vous m'avez fait en m'appellent à la présidence du Parlement Européenne...

Sprecherin 2_Overvoice Veil:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben mir eine große Ehre erwiesen, indem Sie mich zur Präsidentin des Europäischen Parlaments berufen haben. Mir fehlen die Worte, um der tiefen Bewegung Ausdruck zu verleihen, die mich erfüllt, wenn ich nun diesen Platz einnehme.

Veil (1979):

... Aussi l'émotion qui est la mienne en prenant place à ce fauteuil est elle plus profonde que je ne saurais l'exprimer.

Sprecherin:

Erste Präsidentin wurde die Juristin und ehemalige französische Gesundheitsministerin Simone Veil. Die Jüdin war als junges Mädchen in den Konzentrationslagern von Auschwitz und Bergen-Belsen inhaftiert gewesen. Ihre Mutter kam in Auschwitz um. Vater und Bruder wurden nach Litauen deportiert, wo sie vermutlich starben. Sie hatte die Grausamkeiten und den Hass miterlebt, die die Politiker in den 1950er Jahren zur Gründung der Montanunion bewegt hatten.

Sprecherin 2_ Overvoice Veil:

Das Europäische Parlament hat in der Form, in der es bisher zusammengetreten ist und vor allem wie es seine Arbeit seit der Gründung der ersten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und insbesondere seit der Schaffung der einzigen Versammlung der Gemeinschaften im Jahr 1958 bewältigt hat, von Anfang an eine wichtige, aber auch eine immer größere Rolle beim Aufbau Europas gespielt.

Zum ersten Mal in der Geschichte Europas, die so oft von Spaltungen, Feindseligkeiten und gegenseitiger Vernichtungswut geprägt war, haben die Europäer zusammen ihre Abgeordneten in eine gemeinsame Versammlung gewählt, die heute hier in diesem Saal mehr als 260 Millionen Bürger vertritt.

Künftig wird in der Gemeinschaft, wie in all ihren Staaten, die vom Volk gewählte Versammlung den Haushalt verabschieden. Der Haushalt ist die wichtigste Handlung, die zu den Befugnissen dieses Parlaments gehört, das ihn abändern und sogar global ablehnen kann.

Das Parlament muss auch ein Organ der Kontrolle der allgemeinen Politik in der Gemeinschaft sein. Wir dürfen nämlich nicht glauben, dass die rein institutionellen Einschränkungen seiner Befugnisse ein Parlament wie das unsrige daran hindern können, seine Stimme jederzeit mit der durch die Wahl erworbenen politischen Autorität zu erheben.

Wir werden - und das ist in einer demokratischen Versammlung wie der unseren nur natürlich und normal - unterschiedliche Auffassungen von den Programmen, die wir durchzuführen wünschen, von den Ideen, für die wir uns einsetzen wollen, und sogar von unserer eigenen Rolle haben.

Wir müssen uns jedoch vor der falschen Einstellung hüten, die uns dazu treiben könnte, unsere Versammlung zum Schauplatz unserer Parteiungen und Rivalitäten zu machen. Allzu oft bieten die Europäischen Gemeinschaften der Öffentlichkeit das Bild handlungsunfähiger Institutionen, die nicht in der Lage sind, innerhalb der gegebenen Fristen Beschlüsse zu fassen.

Was mich persönlich betrifft, so werde ich meine ganze Zeit und all meine Kräfte der Aufgabe widmen, die vor uns liegt. Dabei übersehe ich nicht, dass wir, obwohl einem gemeinsamen Kulturkreis entstammend und unsere Bildungsgüter aus gleichen Quellen schöpfend, nicht notwendigerweise den gleichen gesellschaftlichen Vorstellungen anhängen, noch die gleichen Bestrebungen haben. Dennoch bin ich überzeugt, dass der Pluralismus unserer Versammlung unsere Arbeiten bereichern kann und nicht unbedingt den Fortschritt des europäischen Aufbauwerks hemmen muss. Denn ich glaube, dass wir trotz unterschiedlicher Gesinnungen vom gleichen Willen beseelt sind, eine auf einem gemeinsamen Vermächtnis beruhende Gemeinschaft zu verwirklichen, und dass wir die gleiche Achtung vor den menschlichen Grundwerten empfinden. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, im Geiste der Brüderlichkeit die Arbeiten anzupacken, die unserer harren.

Möge es uns also gegönnt sein, am Ende unseres Mandats das Gefühl zu haben, Europa vorangebracht zu haben. Vor allem möchte ich wünschen, dass wir die Hoffnungen voll erfüllen, die diese Versammlung nicht nur bei den Europäern, sondern bei allen Menschen in der Welt geweckt hat, die für Frieden und Freiheit eintreten.

Veil (1979):

Puissions-nous ainsi, au terme de notre mandat, éprouver le sentiment d'avoir fait progresser l'Europe. Puissions-nous surtout avoir pleinement répondu à l'espérance que suscite cette Assemblée, non seulement chez les Européens, mais parmi tous ceux qui, dans le monde, sont attachés à la paix et à la liberté.

Auf dass endlich Friede werde!

„Große Reden“ – Europa 1945 bis 1979
Ein Dossier von Anna Seibt

Es sprachen: Hildegard Meier und Claudia Mischke

Ton und Technik: Gunther Rose und Jens Müller

Regie: Anna Seibt

Redaktion: Birgit Morgenrath

Sie hörten eine Produktion des Deutschlandfunks 2017

Diese Sendung ist Teil des gemeinsamen Projektes von Deutschlandfunk und arte

„Große Reden“

Mehr dazu im Internet unter arte.tv/grossereden und
deutschlandfunk.de/schwerpunkt-grosse-reden